

Offene Fragen der Geschichte Band 6

Chronik von 1944 bis 1945

"Operation Walküre",
Morgenthau-Plan,
Hitlers Vernichtungsstrategie,
Fluchtkatastrophen 1944/1945,
Stalins Liquidationspolitik,
US-Direktive JCS 1067,
"Wilde Austreibungen" der Deutschen,
Potsdamer Abkommen,
Hiroshima und Nagasaki,
Polonisierung Ostdeutschlands ...

Band 6/024

Chronik: Juli 1945 bis zum 5. August 1945

Juli 1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen im Juli 1945 das ehemalige Kriegsgefangenenlager Fünfeichen bei Neubrandenburg. Im "Speziallager Nr. 9" werden zunächst 6.000 und später durchschnittlich 12.500 Deutsche interniert (x126/152).

WBZ: Der US-Major Hans Habe (1911-1977) berichtet im Juli 1945 über die Lage in der nordamerikanischen Zone (x114/2.80): >>Das überraschendste war die eigentlich totale Apathie, diese vollkommene Gleichgültigkeit, Stumpfheit, der wir begegneten. Es war so, daß selbst der wirtschaftliche Aufbau von den Amerikanern angekurbelt werden mußte, weil sich die Mehrheit der Bevölkerung sagte, das hat ja alles keinen Sinn. ...

Wogegen wir in erster Linie anzukämpfen hatten, war also nicht Feindseligkeit, sondern Gleichgültigkeit, Niedergeschlagenheit – wobei ich unter Niedergeschlagenheit weniger die Niedergeschlagenheit über die Niederlage verstehe, sondern eben die totale Apathie, die Unfaßbarkeit des Zusammenbruchs.

Niemand wußte, wie soll das weitergehen. ...<<

Der deutsche Politiker Reinhold Maier (1889-1971, erster Ministerpräsident Baden-Württembergs) berichtet über ein Verhör durch die US-Militärbehörde im Juli 1945 (x114/2.95): >>Wir gingen miteinander in die Höhle des Löwen. Über der Tür steht angeschrieben: Public safety.

Der Löwe selbst ist etwa 25 Jahre alt, versteht kein Wort Deutsch und sein Name ist Oberleutnant John E. Switzer. Er ist der Mann der Verhaftungen und Entlassungen im Kreis Gmünd. Er hatte die neuesten Regulations so verdolmetscht: "Alle müssen weg bis herunter ..." Dann ließ er seine Hände sprechen: Er ahmte die Bewegungen der Finger beim Maschinschreiben nach also alle bis zum Schreibfräulein.

Er schien sehr befriedigt über seine Hinauswurfvollmacht.

Wir traten ein und erblickten zunächst am Fensterkreuz hängend zwei Peitschen, d.h. je eine geflochtene und eine einfache neunschwänzige Katze. Hinter uns nahm ein Offizier Platz, der die rechte Hand stets in seiner Militärjacke hielt, nicht am Busen, sondern an seiner Pistole. Wir saßen in einer Reihe und ein Tisch trennte uns von unseren Verhandlungspartnern, drei

20-25jährigen Offizieren und zwei gleichaltrigen Dolmetschern.

Die Verhandlung verlief schleppend. Es entstanden lange Pausen, während deren unsere Gegenüber sich untereinander über ganz andere Dinge als von den zur Debatte stehenden unterhielten und miteinander alberten, wie dies junge Leute tun. In der Sache kam nicht viel heraus. Konrad hatte ihnen darlegen wollen, wie sehr es ihm zustatten gekommen sei, daß er sich bei seinem Sorgenweg auf Freunde, Bundesbrüder usw. habe stützen können, die zwar Parteigenossen waren, aber genauso dachten und handelten wie wir.

Der maßgebende Mann uns gegenüber rekelte sich in seinem Lehnstuhl, lehnte sich weit zurück, währenddem er mit beiden Händen seinen Kopf rückwärts umfaßte. Schließlich ging er dazu über, seine Füße auf den Schreibtisch zu legen, so daß wir die prima, prima Ledersohlen seines Schuhwerks aus unmittelbarer Nähe bewundern konnten. Die anderen machten Scherze, einer spielte mit seiner Pistole, die er auseinandernahm und wieder zusammensetzte. Wir drei saßen sozusagen weiter auf der Anklagebank. Jeder von uns war zwei- bis dreimal so alt wie die anwesenden Amerikaner.

Nach einer Stunde wurden wir ohne Ergebnis entlassen, nachdem die unter sich beratenden Amerikaner Dutzende von O.K.s ausgestoßen hatten. ...<<

Ungarn: In der Zeitung "Vilag" protestieren im Juli 1945 zehn bekannte ungarische Dichter, Journalisten und Politiker gegen die Zustände in den Internierungslagern Westungarns (x028/-229): >>Wir betonen, daß wir alle wegen unserer jüdischen Herkunft oder politischen Einstellung Opfer des Nazismus waren. Dennoch mußten wir gegen die unmenschlichen Zustände protestieren - gegen die überfüllten Lager, gegen die ungenügende Versorgung, gegen die Mißhandlung der Internierten. ...<<

Jugoslawien: Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" treffen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere liegt an der rumänisch-ungarischen Grenze.

Ein gefangener Wehrmachtsoffizier berichtet später über das berüchtigte Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/234-235): >>Die Sterbeziffer war nach kurzer Zeit so hoch, daß täglich viele Kameraden tot und nackt im selbstgezimmernten Leichenwagen zur Vergrabung weggefahren werden mußten, an einem Tage waren es 32 Tote. Der lange Hungermarsch hatte die Widerstandskraft bei vielen Kameraden erlahmt. Oft fanden wir frühmorgens Kameraden tot neben uns liegen. Die deutschen Ärzte waren wegen Mangel an Medikamenten im Jahre 1945 ziemlich hilflos. Begräbniszeremonien gab es nicht.

Die Notdurft wurde im Freien auf Balken über aufgehobenen Gräben verrichtet.

Im Spätherbst wurden von Arbeitskommandos ... in ... Hallen Pritschenlager und zur Abtrennung der Gefangenenkompanien Lehmwände halb hochgezogen. Alle Dächer dieser beiden großen Hallen waren porös, überall hingen über den Pritschen Wasserabfänger aus Holz, Pappe oder Blech. Bei Regen entstanden auf dem Betonboden riesige Wasserlachen.

Trinkwasser ... wurde pro Tag und Person nur 1 Liter verabreicht. Erst im Herbst 1946 gab es für die Pritschen Stroh als Unterlage. Als wir der Flöhe Herr geworden waren, überfielen uns nachts die Wanzen, so daß von Zeit zu Zeit die Pritschen auseinandergenommen, die Holzteile im Freien abgebrannt und dann wieder zusammengebaut werden mußten.

Von Juli 1945 bis Sommer 1946 war das Lager ein sogenanntes Schweigelager. Es gab keine Postverbindung. Zwischen den 2 großen Hallen wurde 1946 eine große Abortgrube ausgehoben, mit Holz überdacht und 8 lange Sitzreihen angebracht. Bald waren dadurch in den Hallen Ratten einheimisch geworden.

Bis Weihnachten 1946 hatte sich die Gefangenenzahl von 3.000 auf 2.000 reduziert allein durch Tod. Als Sterbeursache wurde allgemein registriert "Dysenterie".

Trotz allen Ungemachs wurden 1946 eine "Stacheldraht-Universität", ein Lagerchor und eine

"Bunte Bühne" gegründet, die bis Ende 1948 mit einfachsten Mitteln hervorragende Leistungen zuwege brachten.

Im Herbst 1948 begann die Repatriierung. Insgesamt 1.000 Kameraden wurden in die Heimat entlassen. Doch zu Neujahrsbeginn 1949 galt die Aktion dann als abgeschlossen. Ende Januar 1949 wurden alle noch verbliebenen Offiziere (ca. 1.200) zu Untersuchungsgefangenen erklärt. Das Vernehmungslager Werschetz war geboren und wurde entsprechend für seine "Aufgabe" umgebaut.

In ein- oder mehrwöchiger Vernehmungszeit in Einzelzellen (1 x 1,5 m) qualvoll gefesselt, vegetierten nun die "Untersuchungshäftlinge" und wurden durch mittelalterliche Methoden zu "Geständnissen" gepreßt, um verurteilt zu werden. Viele zum Tode. Die meisten zu Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit bis zu 25 Jahren. Für mehr als 80 Kameraden endete die Vernehmung mit Foltermord, mit Selbstmord oder Tod durch Entkräftung.<<

01.08.1945

Ostdeutschland: Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tritt am 1. August 1945 die polnische Verwaltung in den deutschen Ostgebieten und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

SBZ: Geoffrey Harrison, der für die Briten an den Umsiedlungsverhandlungen teilnimmt, berichtet am 1. August 1945 über die Potsdamer Konferenz: (x039/174, x024/124): >>Die Verhandlungen waren nicht einfach - Verhandlungen mit den Russen sind nie einfach ... Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden. ...<<

>>... Onkel Joe (Stalin) war schließlich ebenfalls bereit, die polnische und tschechische Regierung und den Kontrollrat für Ungarn aufzufordern, die Vertreibungen hinauszuschieben, bis der Bericht des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vorliege. Das kann vielleicht für den Augenblick Massenvertreibungen verhindern, doch ich zweifle nicht daran, daß sich auch weiterhin täglich Hunderte von Deutschen nach Westen absetzen werden.

Wir haben unser Bestes getan, um einen gewissen Überblick über die Aufnahmefähigkeit Deutschlands zu erhalten, doch hier stellten sich die Russen quer, weil sie überhaupt nicht daran zweifeln, daß Deutschland Millionen Ausgewiesene aufnehmen kann. Bis zu einem gewissen Grad wird die Sache durch die Wendung im Absatz abgesichert: "Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation in Deutschland" ...<<

Die SMAD ordnet am 1. August 1945 die Gründung einer antifaschistischen Jugendbewegung (FDJ) an. Alle anderen Jugendorganisationen und Sportvereine werden verboten (x111/55).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "FDJ" in der SBZ (x009/124): >>Eine Massenorganisation der SED, lange Zeit überparteilich getarnt. ...

Seit 1935, mehr noch seit 1945 traten die Jugendfunktionäre der KPD als "FDJ" (Abkürzung für Freie Deutsche Jugend) auf.

In der SBZ bediente sich die FDJ der am 20.6.1945 von der SMAD genehmigten antifaschistischen Jugendausschüsse. Die Gründung der FDJ wurde am 7.3.1946 in großen Versammlungen verkündet. War auch die FDJ anfangs überparteilich, so waren doch die Schlüsselstellungen von Anfang an mit KP/SED-Mitgliedern besetzt. Schon seit Beginn des 1. FDJ-Schuljahres 1951 wird die FDJ auf den Marxismus-Leninismus gemäß der geltenden Parteilinie der SED ausgerichtet.

Seit Beginn des Aufbaus der Kasernierten Volkspolizei ist die FDJ ihr wohl ergiebigstes Rekrutierungsfeld. Dies gilt noch stärker gegenüber der Nationalen Volksarmee und der Gesellschaft für Sport und Technik. Über die Betriebs-, Verwaltungs-, Schul- und Hochschulgruppen usw. der FDJ kontrolliert die SED die Jugend in diesen Bereichen. Für größere Schulen sind, um die Leitung zu straffen, Zentrale Schulgruppenleitungen (ZSGL) eingesetzt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die kommunistische

Organisation "Komsomol" (x009/223): >>Abkürzung für Kommunistischeskij sojus molodeschi (Kommunistischer Jugendverband), im Oktober 1918 gegründete Jugendorganisation der 14- bis 26jährigen in der Sowjetunion.

Soll den Nachwuchs für die KPdSU entwickeln und einen ausreichenden Funktionärnachwuchs sowie die vormilitärische Ausbildung der Jugend sicherstellen. Vorstufe des Komsomol ist die Organisation der Jungen Pioniere (9- bis 14jährige), gegründet im Oktober 1922, mit heute über 13 Millionen Mitgliedern. Die Mitgliederzahl des Komsomol wurde im Oktober 1958 offiziell mit 18 Millionen angegeben. Der Komsomol ist das Vorbild der FDJ.<<

Berlin: Die "Joint Relief Commission" des Internationalen Roten Kreuzes berichtet Anfang August 1945 (x044/197): >>... Am 27. Juli 1945 traf im Berliner Westhafen ein Lastkahn ein, mit einer tragischen "Fracht" von 300 Kindern, halb tot vor Hunger.

Sie kamen aus Finkenwalde in Pommern. Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren lagen am Boden des Kahns, reglos, von Krätze zerfressen, die Gesichter vom Hunger verzerrt. Die kleinen Körper, die Knie und die Füße waren aufgeschwollen - typische Hungerödeme.<<

WBZ: Feldmarschall Montgomery ruft Anfang August 1945 zur Umerziehung der deutschen Jugend auf (x117/73): >>An die deutschen Eltern! ...

1. Die Nationalsozialisten haben das deutsche Erziehungswesen in den Staub gezogen. Sie wollten Eure Kinder geistig vergiften. Das Wahre haben sie ihnen vorenthalten und haben ihnen dafür falsche Werte gegeben. Sie haben ihnen beigebracht, Freiheit und Duldsamkeit zu verachten, Gewalt und Unterdrückung zu bewundern. ...

3. Was die Nationalsozialisten angerichtet haben, beabsichtige ich wieder in Ordnung bringen zu lassen. ...

4. ... Bis zum Oktober dürften alle verfügbaren Schulen ... wieder in Betrieb sein.

5. Drei Dinge sind nötig, um Schulen wieder aufzumachen: Gebäude, Lehrmaterial und zuverlässige Lehrkräfte. ...

7. Die Schulbücher, mit denen die Nationalsozialisten die Kindergemüter vergifteten, werden im Schulunterricht nicht mehr verwendet. Ich lasse als Notmaßnahme Neuauflagen von Schulbüchern drucken, die vor den Nationalsozialisten in Gebrauch waren. Neue Schulbücher, von Deutschen in Deutschland geschrieben, aus denen ein gesunder Geist sprechen wird, sind in Vorbereitung; sie werden so rasch wie möglich gedruckt werden.

8. Der Mangel an Lehrkräften wird ernst sein. Ich werde keinen Lehrer in der Schule dulden, dessen Vergangenheit nicht den eingehendsten Nachforschungen standhält. Lehrer, die zu Unrecht entlassen wurden, werden wieder eingestellt. Ich werde alle kriegsgefangenen Lehrer freilassen, die würdig sind, bei der Neuerziehung ihrer Söhne und Töchter mitzuarbeiten. ...

12. Mein Ziel auf lange Sicht ist, das deutsche Jungen und Mädchen durch eine frohe Schulzeit zu würdigen Staats- und Weltbürgern heranwachsen sollen. Ihre eigene Urteilskraft muß sie vor falschen Lehren der Gewalt und Tyrannei sichern. Auch Sie, deutsche Männer und Frauen müssen Ihre Verantwortung lernen, besonders für das, was im Leben der Gemeinschaft geschieht, in der Sie leben.

13. In allen diesen Dingen werden wir mit den Amerikanern, mit den Russen und den Franzosen zusammenarbeiten.

14. Ich werde Ihnen keine fremden Erziehungsgrundsätze und Lehrmethoden aufzwingen. ... Was ich aber niemals dulden werde, ist eine Rückkehr zum Nationalsozialismus, zum Militarismus oder zum Angriffsgeist in irgendeiner Form.

15. Sie, deutsche Väter und Mütter, müssen Ihr Teil dazu beitragen, um Ihre Kinder auf einen gesunden Lebensweg zurückzuführen. Ich werde Ihnen helfen, und Sie müssen mir helfen! Das ist mein Befehl!<<

02.08.1945

SBZ: Die Potsdamer Konferenz wird am 2. August 1945 um 0.30 Uhr beendet. Im Verlauf

dieser internationalen Konferenz schließen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge, sondern lediglich Absprachen bzw. Vereinbarungen (x150/18).

Mit Verabschiedung der Potsdamer Erklärung werden die jahrhundertealten Grenzen des deutschen Volkes beispiellos verändert. Die westlichen Alliierten beginnen gleichzeitig eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement").

Die Unbestimmtheiten des Potsdamer Abkommens verursachen nicht nur einen jahrzehntelangen Schwebeszustand der künftigen deutschen Staatsgrenzen, sondern sie besiegeln außerdem endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa. Die Massenvertreibung der Deutschen ist danach nicht mehr zu verhindern.

Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfindet) wird am 22. August 1945 veröffentlicht (x156/12-14, x028/253-254, x156/14-16, x028/256-258): >>...

I. ... Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungs-austausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der durch diese Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und die Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit einer erneuerten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II. Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

... 3a. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird. ...

III. Über Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. ...

Der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien Völkern der Welt einzunehmen. ...

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik, welche in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats handeln, jeder in seiner Besatzungszone nach den Leitsätzen seiner entsprechenden Re-

gierung sowie gemeinsam in den ganz Deutschland betreffenden Fragen ausgeübt.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

I. Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. ...

II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigne mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

III. Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen sind zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können, jeder nazistischen Propaganda ist vorzubeugen.

IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten. ...<<

>>... 4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche, noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.

9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(I) wird die lokale Selbstverwaltung in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und mit den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt.

(II) sind in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskus-

sionen durchzuführen. ...

(IV) wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden. ...<<

>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken ... Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, ... entweder zu entnehmen oder, falls sie nicht entnommen werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. ...

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Demilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr,

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistung, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind, und die für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**, wichtig sind (Europäische Länder bedeuten alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion) ...

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten. Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. ... Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten.

... 18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Nach der Bezahlung der Reparationen sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu be-

lassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren.

IV. Reparationen aus Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft erreicht:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.
3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.
4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:
 - a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Hauptausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig sind und aus den westlichen Zonen Deutschlands im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und solchen anderen Waren entnommen werden soll, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden mag.
 - b) 10 % derjenigen industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. ...
8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.
9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile der deutschen Unternehmen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich.
10. Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold. ...<<

>>... VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

... Die Konferenz hat grundsätzlich den Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und der anliegenden Gebiete an die Sowjetunion ... zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt.

Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...

IX. Polen

... Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:

... Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unab-

hängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. ...

b) Bezüglich der Westgrenze wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinungen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt.

Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz (Bildung einer deutschen Zentralregierung) zurückgestellt werden soll (eine Formulierung, die sich von der Verfügung Art. VI des Abkommens deutlich unterscheidet).

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

XIII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.

Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.

Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß (Verteilung auf die einzelnen Besatzungszonen) geprüft haben. ...

Unterzeichnet: J. Stalin - Harry S. Truman - C. R. Attlee.

2. August 1945.<<

Das Potsdamer Abkommen

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Während dieser Verhandlungen trafen die nordamerikanischen und britischen Außenpolitiker weitere verhängnisvolle Fehlentscheidungen.



Abb. 71 (x175/411): Potsdamer Konferenz (sitzend von links der neue britische Premierminister Clement Attlee, der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin).

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt.

Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegs-

beute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschiebs" ("policy of postponement") ein.

Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.

Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.

Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.

Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflusste sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.

Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103). Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost-

und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 (also nicht mit Sudetenland), 114.296 qkm mit 9,62 Millionen Einwohnern (1939).

Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<

Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.

Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ... Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnittene Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<

Harry S. Truman schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam einem fait accompli (vollendeten Tatsachen) gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen (Besetzung) des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ...

Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

US-Senator Charles W. Vursell berichtet später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutsch-

land. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Churchill kritisiert später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.

Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<

>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<

Der britische Politiker Robert Boothby berichtet später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo ... zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.

Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von ... Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. ...<<

Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.

Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.

Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>... Zu einer Auseinanderset-

zung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" (Art. 21 des Grundgesetzes) verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei.

Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte ... Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. ...

Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist.

Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.

Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.

Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ostpommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...

Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.

Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenausiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen (wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren); denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Potsdamer Abkommen" (x051/453): >>Pots-

damer Abkommen, von den Regierungschefs von Großbritannien (Attlee), der UdSSR (Stalin) und der USA (Truman) unterzeichnetes Abschlußkommuniqué der Konferenz, die vom 17.7. bis 2.8.45 in Potsdam stattfand.

Vorausgegangen waren der Konferenz, an der neben den Regierungschefs auch die Außenminister teilnahmen, die Kapitulation des Deutschen Reiches am 7./8.5.45 und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch den Alliierten Kontrollrat auf der Grundlage der Junideklaration vom 5.6.45.

Der wichtigste Teil des Potsdamer Abkommens, Artikel III, hatte die territorialen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschlands zum Inhalt und sah Maßnahmen vor, "die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann" und die Deutschland zugleich darauf vorbereiten sollten, "sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen", damit es so "zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen" könne.

Politische Bestimmungen:

1. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, d.h. die Vernichtung aller seiner Waffen und militärischer Einrichtungen und die Auflösung aller seiner Streitkräfte;
2. Entnazifizierung, d.h. Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen, Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze, Internierung der führenden Nationalsozialisten und einflußreicher Anhänger der NSDAP sowie Entfernung aktiver NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen Ämtern, außerdem Inhaftierung und Aburteilung von Kriegsverbrechern;
3. Demokratisierung, u.a. durch Erlaubnis zur Bildung demokratischer Parteien und Gewerkschaften und die Wahl von Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesparlamenten;
4. Dezentralisierung, d.h. der Aufbau einer dezentralisierten deutschen Verwaltung; nur im Bereich der Wirtschaft, des Verkehrs- und Transportwesens sollten zentrale deutsche Verwaltungsstellen erhalten oder neu errichtet werden.

Wirtschaftliche Bestimmungen:

1. Verbot der Rüstungsproduktion;
2. Dekartellisierung und (teilweise) Demontage der deutschen Wirtschaft;
3. Förderung der Friedensindustrie, der Konsum- und der Landwirtschaft;
4. Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft durch die Alliierten;
5. Instandsetzung oder Neubau von Verkehrswegen, Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen als vordringliche Aufgabe;
6. Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit;
7. Erhebung von Reparationen; jede der vier Besatzungsmächte sollte Reparationen (in Sachwerten) nur aus ihrer eigenen Besatzungszone entnehmen, die UdSSR darüber hinaus aus der amerikanischen, britischen und französischen Zone 15 % der erhalten gebliebenen, für die Friedensproduktion nicht benötigten industriellen Anlagen im Austausch gegen andere Güter und 10 % ohne Gegenleistung erhalten. Die Höhe der Reparationen wurde nicht festgelegt; doch sollten diese "dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren".

Territoriale Regelungen:

1. Übergabe Königsbergs und des angrenzenden nördlichen Ostpreußens "vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedenskonferenz" an die UdSSR;
2. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich der ehemaligen Freien Stadt Danzig "unter die Verwaltung des polnischen Staates", doch "endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" ebenfalls erst auf der Friedenskonferenz;
3. Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn und Umsiedlung nach Deutschland "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" (Vertreibung).

Die provisorische französische Regierung stimmte am 4.8. dem Potsdamer Abkommen im Wesentlichen zu. Es bildete die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Verantwortung der vier Mächte (Großbritannien, Frankreich, UdSSR und USA) gegenüber Deutschland als Ganzem und für die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit.

Doch hält die UdSSR (und ebenso die DDR) die territorialen Regelungen des Potsdamer Abkommens für endgültig, während die Westmächte (wie auch die Bundesrepublik) daran festhalten, daß diese erst durch einen – bis heute nicht zustande gekommenen - Friedensvertrag endgültig rechtsverbindlich zu treffen seien.<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtet später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.

Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.

Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.

Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...

Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.

Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede (Macht) auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.

Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Britten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.

Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen

geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/-339-341): >>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.

... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.

Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...

Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...

Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfließen. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18):

>>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.

Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.

Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.

... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.

Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.

Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demo-

kratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.

Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.

Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.

Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte (daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen).

Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts.

Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978) berichtet später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.

In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-193, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten

Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50).

Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.

... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

... Bereits während des Zweiten Weltkrieges wurde durch die Anti-Hitler-Koalition das Recht auf Heimat anerkannt und für sich in Anspruch genommen. Mit Recht verurteilte die Welt Hitlers Lebensraumpolitik, weil sie eine Austreibung von altansässigen Bewohnern mit sich brachte. ...

Nach internationalem Recht fällt die Hoheitsgewalt im Krieg besetzter Gebiete an den früheren Souverän zurück, sobald der Eroberer, aus welchen Gründen auch immer, sie aufgibt, keine Macht mehr ausübt.

Das bedeutet für Polen (im Zuge des Vormarsches der Roten Armee) sofortigen Wiedergewinn der Hoheitsgewalt in den Gebieten, die bei Kriegsausbruch polnisches Staatsgebiet waren, einschließlich Warthegau und Korridor (nicht aber Danzig und Ostpreußen!). ...

... Auch die Tschechoslowakei erlangte im Verlauf der letzten Kriegsereignisse Hoheitsgewalt über ihre Staatsgebiete vom Stand nach dem Münchener Abkommen. Das Sudetenland blieb vorerst rechtlich deutsches Reichsgebiet. Soweit die Tschechen die 400.000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Herkunft und die eine Million reichsdeutscher Flüchtlinge aus Schlesien als "feindliche Ausländer" oder als "fünfte Kolonne" auswiesen, war dies innerhalb der Hoheitsbefugnisse des tschechischen Staates.

Gleiches gilt für die großen Gruppen ungarischer, rumänischer und jugoslawischer Staatsbürger deutscher Herkunft, die ausgewiesen wurden, wenn es auch im Fall Ungarns und Rumäniens etwas merkwürdig anmutet, daß in diesen Menschen nun plötzlich "feindliche Ausländer" gesehen wurden; immerhin waren Ungarn und Rumänien mit dem Deutschen Reich verbündet gewesen. ...

Die Vertreibungen begannen noch vor Kriegsende, jeweils kurz nachdem die Rote Armee die fraglichen Gebiete erobert hatte. Diese Vertreibungen waren eindeutig völkerrechtswidrig, denn weder die Sowjetunion noch Polen oder die Tschechoslowakei konnten während des Krieges Souveränität über deutsches Reichsgebiet erlangen.

Auch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 änderte nichts daran. Denn es war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Das geht nicht nur aus dem Text der Kapitulationsurkunde hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, wenn auch praktisch machtlos, weiter bis zu ihrer gewaltsamen Absetzung am 23. Mai 1945 im Amt blieb; bis zu diesem Datum waren alle Vertreibungen aus deutschem Reichsgebiet gemäß Haager Landkriegsordnung (Art. 42-56) völkerrechtlich illegal.

Ob die HLKO nach diesem Datum oder nach der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 in Kraft blieb, ist umstritten. Mit der "Berliner Deklaration" übernahmen die "Großen Vier" (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) offiziell die Souveränität über Deutschland in den Grenzen von 1937, jedoch ohne Deutschland zu annektieren. ...<<

>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.

Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.

Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<

Der deutsche Publizist und Herausgeber Rudolf Augstein berichtet später (am 7. Januar 1985) im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über das Potsdamer Abkommen: >>"Auf die schiefe Ebene zur Republik"

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.

Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...

Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechengericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroshima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.

Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet später (am 8. März 1996) über das Potsdamer Abkommen: >>Der Vertrag, der keiner war

... Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen, um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.

Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag,

der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie ein regulärer Vertrag.

Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945.

...

Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.

In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt:

Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.

Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berühmte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß".

Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet. ...

Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.

Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".

Andererseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III - "Über Deutschland" - gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen." << Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >> **Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.

Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die

"Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt.

An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."

78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei" ... Truman für die USA, Stalin für die UdSSR und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee für Großbritannien. Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.

Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsächengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.

Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden.

Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben. ...<<

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 2. August 1945 ein Dekret über die Regelung der Personen deutscher und madjarischer Nationalität (x004/240): >>Auf Vorschlag der Regierung und im Einvernehmen mit dem Slowakischen Nationalrat bestimme ich:

§ 1 (1) Die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder madjarischer Nationalität, die nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht die deutsche oder madjarische Staatsangehörigkeit erworben haben, haben mit dem Tage des Erwerbs dieser Staatsangehörigkeit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren.

(2) Die übrigen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher und madjarischer Nationalität verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft mit dem Tag, an dem dieses Dekret in Kraft tritt. ...<<

03.08.1945

SBZ: Die SMAD ordnet am 3. August 1945 die "Demokratisierung" der mitteldeutschen Schulen an (x111/59): >>Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten brachten dem deutschen Volke Frieden und Befreiung von der Hitler-Knechtschaft. Deutschland beschreitet die Bahn des Wiederaufbaus und der Errichtung eines antifaschistischen demokratischen Systems. ... Die Schule muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen.<<

Jugoslawien: Durch Erlaß des AVNOJ-Präsidiums vom 3. August 1945 gewährt man Perso-

nen, die im Dienst der Okkupanten standen, eine allgemeine Amnestie und Begnadigung. Volksdeutsche, die Angehörige des Kulturbundes waren, und jugoslawische Kollaborateure bleiben jedoch weiterhin interniert (x006/546-547).

04.08.1945

WBZ: General Eisenhower erteilt am 4. August 1945 den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit sofortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Dwight D. Eisenhower (x364/184-185): >>... Um den Erfolg ihres infamen Unternehmens zu garantieren, mußten die Verschwörer einen ihnen ergebenen Diener auf den Posten des Oberbefehlshabers über die gesamten alliierten Streitkräfte in Europa heben. Die für diesen Job ausgesuchte Person war ein Oberstleutnant Namens Dwight D. Eisenhower.

Was war das "Geheimnis" hinter der Tatsache, daß Eisenhower über die Köpfe von wenigstens 50 seiner Dienstältesten hinweggeschoben und auf das oberste Kommando der alliierten Streitkräfte in Europa gestellt wurde, insbesondere angesichts der Tatsache, daß er keine Kampferfahrung beziehungsweise keine Erfahrung im Umgang mit einer großen Truppenzahl im Feld hatte?

Diese Frage wurde einige Jahre später beantwortet, als Eisenhower Präsident geworden war. Zu dieser Zeit unterbrach er einen seiner zahlreichen Urlaube, um einen Park in New York einzuweihen, den Bernard Baruch zu Ehren seines Vaters angelegt hatte. In seiner Rede machte Eisenhower ein beachtenswertes Geständnis:

"Vor 25 Jahren, als ein junger und unbekannter Major, habe ich den klügsten Schritt meines Lebens getan - ich habe Mr. Baruch konsultiert."

Ohne jeden Zweifel verdankte Eisenhower seinen kometenhaften Aufstieg zu Rang und "Namen" Herrn Bernard Baruch und seinen "Freunden".

Blick hinter die Kulisse

Die Männer, die die USA nach außen hin "führten" - Roosevelt, Marshall und Eisenhower -, hatten strikte Befehle von ihren unsichtbaren Gebietern, die Schlußphase auf dem europäischen Kriegsschauplatz" so zu führen, daß sie den Zielen der Illuminaten förderlich sein würde.

Es macht den internationalen Händlern der Macht nicht das geringste aus, daß die Verzögerung des Kriegsendes den unnötigen Tod von Hunderttausenden von Menschen bedeuten würde und den unnötigen Aufwand von vielen Milliarden Dollars.

Sie sehen die Menschen nur als Kanonenfutter, das sie für die Verwirklichung ihrer satanischen Ziele brauchen. ...<<

05.08.1945

WBZ: Der von den Briten als Landrat von Jülich eingesetzte deutsche Politiker Wilhelm Johnen (1902-1980) berichtet am 5. August 1945 (x114/1.117): >>Am 5. August 1945, ich war gerade acht Tage im Amt, kam aus Düsseldorf der Oberpräsident Lehr mit dem britischen Hochkommissar Barraclough, der ja später Adenauer abgesetzt hat.

Ich selbst hatte in meinem Zimmer einen Stuhl, einen Besucherstuhl und einen Schrank, den man nicht abschließen konnte – sonst nichts. Und neben dem Schrank lagen haufenweise geschichtet, ganz elegant, die Verordnungen des Herrn Oberpräsidenten.

Auf seine erstaunte Frage erklärte ich ihm, die würde ich demnächst mal lesen, wenn ich viel Zeit hätte. Und dann habe ich den Herren klargemacht, daß hier mit Verordnungen nichts zu machen sei. Hier gehe es vielmehr darum, Licht, Wasser, Toiletten zu schaffen, um entstehen-

de Krankheiten zu verhindern.

Barraclough stimmte mir sofort zu. Und dann gingen wir durch die Stadt. Barraclough, ein kleiner, energischer Mann, hielt an der Rurbrücke ein paar Schulmädchen an und inspizierte sie genau: Die hatten Läuse. Also, das war ja was für die Engländer! Er hat sofort angeordnet: Alle Jülicher Kinder müssen entlaust werden. Lastwagenweise sind hier Entlausungsmittel angekommen! Da war gar nichts zu machen.

Ich versuchte ihm zu erklären, das sei Zufall und eine Ausnahme – nichts! Es wurde der stellvertretende Kreisarzt geholt, der stammelte eine Entschuldigung auf Englisch, aber Barraclough schnauzte ihn einfach an: "Verdammt noch mal sprechen Sie doch Deutsch! Die Hauptsache ist, das Landrat sie versteht und nicht ich!"

Der (stellvertretende Kreisarzt) wurde abgesetzt – sofort.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 5. August 1945 aus Bayern (x124/40-41): >>Wir fuhren abermals nach Würzburg. ... Ein Polizist, den ich herbeiwinkte, erzählte uns vom Großangriff, der diese wunderbare Stadt drei Wochen vor Kriegsende in eine Todeslandschaft verwandelte ... 20.000 Menschen, ein Fünftel der Bevölkerung, fiel den Bomben zum Opfer. Tausende von Leichen liegen noch in den Ruinen.

Gespensisch die Truppe verhungerner Heimkehrer in der Totenstadt, schlimmer die Krüppel auf den Landstraßen, an denen immerfort die Wagen der wohlgenährten, vergnügten Amerikaner vorbeibrausen. Warum quält mich der Anblick so? Warum kann ich mich an unsere Besiegtenrolle so schwer gewöhnen? ...

Im Ruhrgebiet werden Bergleute bestraft, die ihre Zusatzrationen mit ihren hungernden Familien teilen. Andere erscheinen nicht zur Arbeit, weil sie ihre Angehörigen vor Überfällen plündernder Ausländer nicht ungeschützt lassen wollen. ...<<